

## Michael Dauderstädt

### Euroland: Zutritt für Arme verboten?

Der Europäische Rat hat beschlossen, dass Slowenien zum 1. Januar 2007 den Euro einführen darf, Litauen aber nicht. Der Grund für die Ablehnung Litauens lag in seiner zu hohen Inflationsrate. Damit kommt der reichste der postkommunistischen neuen Mitgliedstaaten in die Eurozone, während das deutlich ärmere Baltenland draußen bleiben muss.

Die Aufnahmebedingungen für das Euroland schließen neben Anforderungen an das Haushaltsdefizit und die Staatsverschuldung Bedingungen an die Inflation und den Wechselkurs der Währung des Antragstellers ein. Weder darf die Inflation besonders hoch sein, noch die Währung gegenüber dem Euro zu sehr schwanken. Als Kandidat hat also nur ein Land Aussichten, dessen realer (d.h. inflationsbereinigter) Wechselkurs gegenüber dem Euro relativ fest ist. Was bedeutet das für die Einkommensverhältnisse zwischen den armen und reichen Mitgliedstaaten?

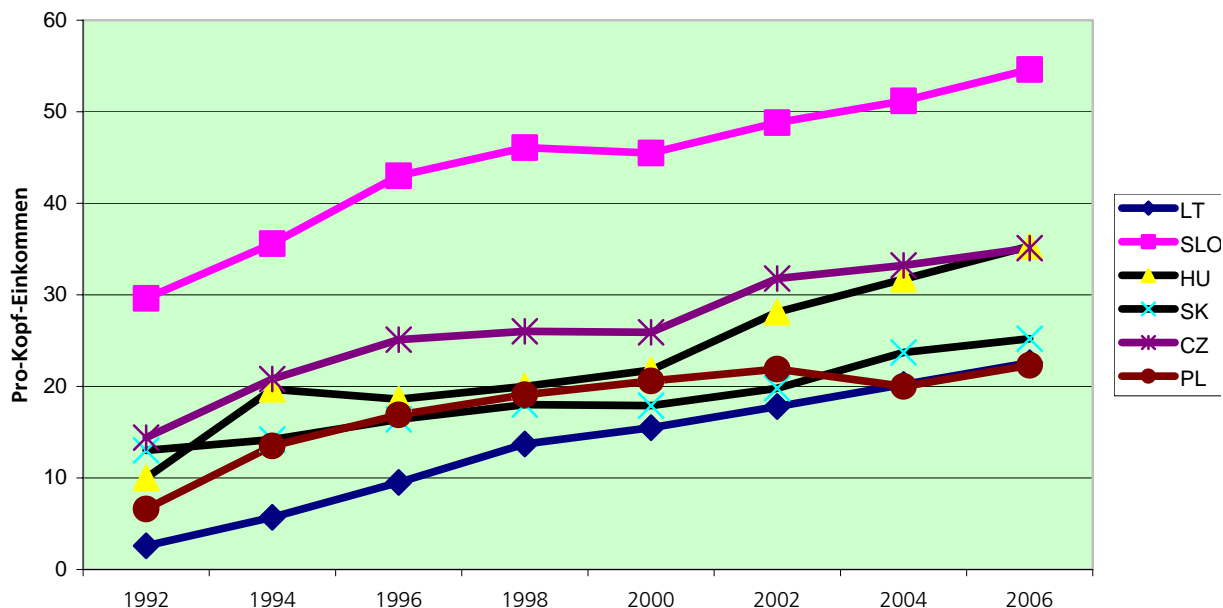
#### Das ungleiche Europa

Die Pro-Kopf-Einkommen unterscheiden sich erheblich in der EU. Nimmt man den Durchschnitt der EU-15 als 100, so liegt das reichste Land, Luxemburg, bei 227 und das ärmste im Euroland, Portugal, bei 50.

Unter den neuen Mitgliedstaaten weist der erfolgreiche Eurokandidat Slowenien sogar mehr, nämlich 54, auf, während die baltischen Länder, Polen und die Slowakei bei unter 30 liegen. In Kaufkraftparitäten liegen die Werte höher, da der gleiche Eurobetrag in den armen Ländern den Erwerb von mehr Gütern und Dienstleistungen ermöglicht als in den reicheren Mitgliedstaaten. Da kommt Slowenien schon auf 74% und auch die ärmeren postkommunistischen Länder erreichen fast 50% des EU-15-Durchschnitts (alle Zahlen aus *European Economy* 6/2004).

Die großen Unterschiede zwischen Wechselkurs und Kaufkraftparität bedeuten, dass Investoren dort zu in Euro niedrigen „Hunger“-Löhnen relativ wohl genährte und behaute, qualifizierte Arbeitskräfte finden können, da z.B. der gleiche Big Mac, der in Dänemark 4,77 USD kostet, im Baltikum für die Hälfte zu haben ist (*Economist* v. 25. Mai 2006). Aber die Unterschiede bewirken auch, dass die Menschen dort kaum in der Lage sind, teure Produkte aus dem Westen zu erwerben. Außerdem bieten sie einen starken Anreiz dazu, im Westen Arbeit zu suchen, da selbst niedrige lokale Westlöhne (z.B. in der Landwirtschaft oder Gastronomie) zu Hause im Osten weit reichen. Dieses starke Nominallohngefälle, dem ein schwächeres Reallohngefälle entspricht, hat Druck auf die Löhne in den reicheren Ländern ausgeübt, deren Anstieg in den letzten

**Grafik 1: Aufholprozesse postkommunistischer Länder (EU-15 = 100)**



Quelle: European Economy 6/2004

Jahren hinter der Produktivität zurückblieb, wodurch sich die Ungleichheit innerhalb der reicheren Länder verschärft hat.

Dabei haben sich die Unterschiede in den letzten 15 Jahren schon deutlich reduziert (siehe Grafik 1). Anfang der 1990er Jahre lagen die Balten noch bei 2% und selbst die „reicheren“ Slowenen nur bei 30%. Wie kam dieser Prozess zustande? Einige Währungen (vor allem die baltischen) werteten sich auf. Aber der wichtigere Prozess war die höhere Inflation in lokaler Währung, die nicht durch entsprechende Abwertungen kompensiert wurde. Die realen Anpassungen waren deutlich schwächer. Würde man die Grafik 1 in Kaufkraftstärken erstellen, so ergäbe sich ein deutlich schwächerer Aufholprozess. In Litauen und Lettland war das Pro-Kopf-Einkommen, gemessen in Kaufkraftstärken, 1992 sogar höher als 2006.

### Der Reichtum der Mitgliedstaaten und seine Steigerung

Was macht den Reichtum eines Landes aus? Hohe Pro-Kopf-Einkommen bedeuten zwar auch, dass die Einwohner mehr Güter und Dienstleistungen als die Einwohner ärmerer Länder konsumieren. Aber wenn einmal jede Familie eine Wohnung, ein Auto, die

üblichen langlebigen Konsumgüter und genug zu essen und zu trinken hat, kann man sich zwar noch bei der Qualität nach oben bewegen, aber der Unterschied zu anderen Ländern liegt nicht mehr so sehr in der Menge der nationalen Produktion. Vielmehr ist das Einkommens- und Preisniveau insgesamt höher.

Daraus könnte man schließen, dass es am einfachsten wäre, wenn ärmere Länder einfach ihre Preise und Einkommen kräftig auf das Niveau der reicheren erhöhen. In der Tat ist das bis zu einem gewissen Grad so gelaufen, wie man daran sehen kann, wie schnell sich die Einkommen zu Wechselkursen in Grafik 1 erhöht haben, obwohl sie sich zu Kaufkraftparitäten viel weniger veränderten. Aber dieser Nominalaufstieg hat Grenzen, die am Beispiel Ostdeutschlands am klarsten zu erkennen sind.

Die ehemalige DDR übernahm die D-Mark (so wie demnächst Slowenien den Euro übernimmt), passte aber obendrein auch noch Löhne und Einkommen an. Diese Steigerungen übertrafen die Produktivität bei weitem, wodurch viele Unternehmen ihre Wettbewerbsfähigkeit verloren und das Land von Importen abhängig wurde. Bei Existenz einer eigenen Währung wäre jetzt eine Abwertung fällig gewesen. Aber Ostdeutschland konnte auf massive Finanztransfers aus Westdeutschland zugreifen, womit es seinen Konsum

finanzieren konnte, der die eigene Produktion weit überstieg. Der Preis war eine hohe Arbeitslosigkeit.

Der Anstieg der Nominaleinkommen hat also seine Grenze in der Zahlungsbilanz. Nur solange keine hohen Defizite anfallen, können die Einkommen und lokalen Preise munter steigen. Die Stabilität der Außenbilanz hängt wiederum von der Produktivität in den Exportsektoren und den mit Importen konkurrierenden Wirtschaftszweigen ab. Wenn dort die Lohnstückkosten stabil bleiben oder sinken, so steht einer Einkommenssteigerung nichts im Wege.

In vielen postkommunistischen Volkswirtschaften ist genau dies geschehen: In den Sektoren, die handelbare Güter produzieren, ist die Produktivität stark gestiegen. Häufig waren ausländische Investoren daran beteiligt, die moderne Produktionsmethoden einzuführen, aber auch viele Arbeitskräfte entließen, wenn sie ehemalige Staatsunternehmen übernahmen. Diese Produktivitätsfortschritte kamen den Beschäftigten nur zum Teil zugute, da die Löhne in der Regel nicht damit Schritt hielten. Statt dessen profitierten die Investoren und die – oft im Westen lebenden – Konsumenten der billigen Produkte. Dieser Produktivitätsfortschritt in der Fertigwarenproduktion ist nicht inflationär – im Gegenteil. Hier kann der Aufholprozess als Mengenanpassungsprozess, also in Form steigender Mengen produzierter und konsumierter Güter, laufen. Da in einer Stunde viel mehr als früher produziert wird, können auch höhere Einkommen bezahlt werden, die einen höheren Konsum ermöglichen, ohne dass die Preise steigen müssen.

Aber eine Volkswirtschaft besteht auch aus anderen Sektoren, nämlich Dienstleistungen. Moderne, hoch entwickelte und reiche Volkswirtschaften bestehen sogar zu einem besonders hohen Anteil aus Dienstleistungen. Aber was ist die Produktivität eines Lehrers, Arztes oder Friseurs? In einem reicheren Land erziehen sie ja nicht mehr Schüler, operieren mehr Patienten oder schneiden mehr Kunden die Haare pro Stunde als ihre Kollegen in ärmeren Ländern. Sie erhalten trotzdem ein höheres Einkommen, teils nominal, teils – dank der sinkenden Preise produktiver hergestellter Fertigwaren – real. Langfristig sollte jeder Arzt in Europa ähnlich viel (gemessen in Kaufkraft) verdienen – schon um zu vermeiden, dass sie aus ärmeren Ländern abwandern und dort die Menschen ohne Versorgung bleiben.

Um das zu erreichen, müssen sich die Einkommen und damit auch die Preise für Dienstleistungen erhöhen. Dieses Phänomen ist in den Wirtschaftswissen-

schaften als Balassa-Samuelson-Effekt bekannt. Er bedeutet u.a., dass sich die Währungen der aufholenden Länder real aufwerten müssen, indem ihre Inflationsrate höher liegt als im Euroraum, oder sich ihr Wechselkurs zum Euro verbessert (nominale Aufwertung).

## Wer darf ins Euroland?

Genau diese beiden Phänomene verbieten aber die Übernahme des Euro. Wer ins Euroland will, soll offensichtlich arm bleiben. Oder optimistisch gewendet: Ein armes Land muss erst mal draußen bleiben, damit es diesen Prozessen freien Lauf lassen kann. Erst wenn es so nahe am Niveau der reicheren Länder der Eurozone ist, dass der Aufholprozess nur noch langsam vorstatten geht, ist der Zutritt erlaubt. Leider ist diese optimistische Interpretation nur bedingt richtig. Denn da die meisten Länder gern ins Euroland wollen, sehen sie sich gezwungen, genau jene Prozesse (Inflation, Aufwertung gegenüber dem Euro) zu unterbinden, die eigentlich – in gesunden, die Wettbewerbsfähigkeit schonenden Maßen – für ein Aufholen unabdingbar sind. Damit wird der Warteraum des Eurolandes potentiell zur Armutsfalle. Nur wenn die positiven Mengeneffekte aus den Wachstumsimpulsen der Euro-Orientierung (Stabilitätsimage) die negativen Preiseffekte der stabilitätsfixierten Geld- und Wechselkurspolitik überträfen, können die Länder im Warteraum noch aufholen.

Dabei hat sich die Eurozone selbst, wenn auch wider Willen, als recht erfolgreiche Aufholmaschine entpuppt. Nachdem entgegen den ursprünglichen Intentionen seiner Schöpfer auch ärmere Länder wie Griechenland, Spanien, Portugal und Irland den Euro übernahmen, erlebten sie 1997-2003 einen kräftigen Wirtschaftsaufschwung – angetrieben von den historisch neuen niedrigen Zinsen. Die höheren Inflationsraten wurden zwar von EZB und der EU kritisiert, senkten aber die Realzinsen weiter und heizten den Boom noch an. In den reicheren Kernländern Deutschland und Frankreich dagegen stagnierte das Wachstum nicht zuletzt wegen der relativ hohen Realzinsen, die aus den zentral vorgegebenen Euro-Nominalzinsen und den niedrigen Inflationsraten resultierten, die sich wegen der Nachfrageschwäche und des Lohndrucks weiter abschwächten. Im Ergebnis kam es zu einer Beschleunigung der Einkommenskonvergenz im Euroland, die allerdings nicht für alle betroffenen Länder gleich angenehm verlief.

Dieses Wunder sollte man eigentlich den anderen armen Mitgliedstaaten auch gönnen. Die Stabilitätsgewinne der Euroübernahme und die Reduzierung außenwirtschaftlicher Risiken wie realwirtschaftlich unangemessener Auf- und Abwertungen durch spekulative Kapitalströme würden ihrer wirtschaftlichen Entwicklung zugute kommen. Die EU kann das durchaus verkraften – vor allem bei kleinen Ländern, wie es die meisten postkommunistischen Länder sind (mit der möglichen Ausnahme Polens, dessen Volkseinkommen aber auch nur so groß wie das von Hessen ist). Montenegro hat schon längst mit stillschweigender Duldung der EU und ohne deren wirtschaftspolitische Kuratel den Euro übernommen, ohne dass problematische Effekte zu beobachten wären.

Die wirtschaftspolitische Steuerung des Euro-Raumes sollte sich daran orientieren, dass die Länder ihre Lohn- und Preisentwicklung so gestalten, dass ihre Wettbewerbsfähigkeit erhalten bleibt. In dieser Beziehung haben Portugal und Italien in der Vergangenheit gesündigt. Portugal bezahlte es mit einer kräftigen Rezession. Aber es gibt auch die Sünder in der anderen Richtung, wie Deutschland, das die Löhne und Nachfrage in seinem Binnenmarkt gnadenlos einschränkt und die Partner im Euroland mit seinen Billigexporten überflutet. Gegen beides sollte eine europäische Wirtschaftspolitik rechtzeitig einschreiten.

Falsch aber wäre es, mögliche nominale Aufholprozesse in Form höherer Inflation grundsätzlich unterbinden zu wollen. Höhere Einkommen sind in Dienstleistungsökonomien mit höheren Preisen verbunden. Solange die Produktivität in den Wirtschaftszweigen ausreichend steigt, die handelbare Güter herstellen, ist diese Inflation eine gesunde Anpassung. Sie sorgt auch für ausreichende Binnennachfrage im Euroraum. Nur wenn auch die Kaufkraft der Armen wächst, kann eine höhere Beschäftigung erzielt werden. Eine Fixierung der Einkommensunterschiede ist ein Rezept für Armut und Arbeitslosigkeit.